

planaufstellende  
Kommune:

**Gemeinde Vogelsang**  
vertreten durch das Amt Brieskow-Finkenheerd,  
der Amtsdirektor  
August-Bebel-Straße 18a  
15295 Brieskow-Finkenheerd



Projekt:

**3. Änderung des Flächennutzungsplans  
der Gemeinde Vogelsang**

**Begründung zum Entwurf  
Teil 1: Begründung**

Erstellt:

**August 2023**

Auftragnehmer:

**büro.knoblich** GmbH   
LANDSCHAFTSARCHITEKTEN  
Zschepplin·Erkner·Halle (Saale)

Heinrich-Heine-Straße 13  
15537 Erkner

Bearbeiter:

M.Sc. J. König

Projekt-Nr.

21-146

geprüft:

Dipl.-Ing. B. Knoblich



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1 Anlass und Inhalt der Planänderung.....</b>	<b>3</b>
1.1 Planungsanlass.....	3
1.2 allgemeine Beschreibung des Vorhabens .....	3
1.3 Verfahren .....	4
1.4 Berücksichtigung der Belange aus dem Beteiligungsverfahren. ....	<b>Fehler!</b>
<b>Textmarke nicht definiert.</b>	
<b>2 geplante Darstellung im Flächennutzungsplan.....</b>	<b>6</b>
<b>3 übergeordnete Planungen .....</b>	<b>7</b>
3.1 Landesplanung (LEPro 2007 und LEP HR).....	7
3.2 Regionalplanung .....	8
3.3 geschützte Gebiete nach Naturschutzrecht und Wasserrecht .....	8
3.3.1 Lage im Hochwasserrisikogebiet .....	9
3.4 Flächen und Objekte des Denkmalschutzes.....	9
<b>4 Erschließung.....</b>	<b>9</b>
4.1 Verkehrserschließung .....	9
4.2 Ver- und Entsorgung .....	10
<b>5 Immissionsschutz .....</b>	<b>10</b>
<b>6 Darstellung im wirksamen Flächennutzungsplan .....</b>	<b>10</b>
<b>7 Naturschutz und Landschaftspflege .....</b>	<b>11</b>
<b>8 Form der Genehmigungsunterlage .....</b>	<b>11</b>
<b>Quellenverzeichnis .....</b>	<b>12</b>

### Abbildungsverzeichnis:

Abb. 1: Lage des Änderungsbereichs .....	4
Abb. 2: Auszug aus dem wirksamen Flächennutzungsplan .....	11

### Tabellenverzeichnis:

Tab. 1: Verfahrensschritte für die Aufstellung des Flächennutzungsplans: .....	4
--	---

## **1 Anlass und Inhalt der Planänderung**

### **1.1 Planungsanlass**

Mit der 3. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) soll folgendes Ziel erreicht werden:

- Darstellung zweier „Flächen für die Landwirtschaft“ welche sich nördlich der Gemeinde Vogelsang beidseitig entlang der L 372 erstrecken als sonstiges Sondergebiet „Photovoltaik“.

Für das Plangebiet liegt der mit dem Datum vom 08.07.2002 genehmigte FNP der Gemeinde Vogelsang vor. Dieser wurde mit Bekanntmachung vom 15.08.2002 wirksam. Seit der Bekanntmachung wurden insgesamt zwei Änderungen für Teilflächen durchgeführt, von denen der vorliegende Änderungsbereich jeweils nicht betroffen war.

Um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau und den Betrieb einer Photovoltaik-Freiflächenanlage zu schaffen, soll das Gebiet nördliche der Gemeinde Vogelsang als sonstiges Sondergebiet gemäß § 11 BauNVO entwickelt werden. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren geändert.

Die Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt für den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Solarpark Vogelsang“ der Gemeinde Vogelsang. Sie ist erforderlich, weil die im besagten vorhabenbezogenen Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen den aktuellen Darstellungen des wirksamen FNP entgegenstehen.

Entsprechend wird das betreffende Gebiet in der 3. Änderung des Flächennutzungsplans auf einer Fläche von 57,23 Hektar als sonstiges Sondergebiet „Photovoltaik“ dargestellt. Auf einer Fläche von 0,62 Hektar bleiben Flächen für Wald bestehen.

### **1.2 allgemeine Beschreibung des Vorhabens**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Vogelsang hat in ihrer Sitzung am 22.11.2021 beschlossen, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Vogelsang“ aufzustellen, um damit die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage zu schaffen. Der Geltungsbereich umfasst zwei landwirtschaftlich genutzte Flächen nordöstlich der Gemeinde Vogelsang.

Da Photovoltaik-Freiflächenanlagen kein privilegiertes Vorhaben im Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB darstellen, ist die Aufstellung eines Bebauungsplans notwendig.

Insbesondere sollen folgende Planungsziele erreicht werden:

- politisches Ziel ist die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien an der Gesamtenergieproduktion und somit Reduzierung des Anteils fossiler Energiegewinnung
- Nutzung einer wirtschaftlichen Konversionsfläche (Deponie) als Fläche für Photovoltaik-Freiflächenanlagen
- Ausschöpfung des wirtschaftlichen Potenzials der Gemeinde Vogelsang
- Erzeugung von Strom aus Solarenergie und damit verbundene Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes
- Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung

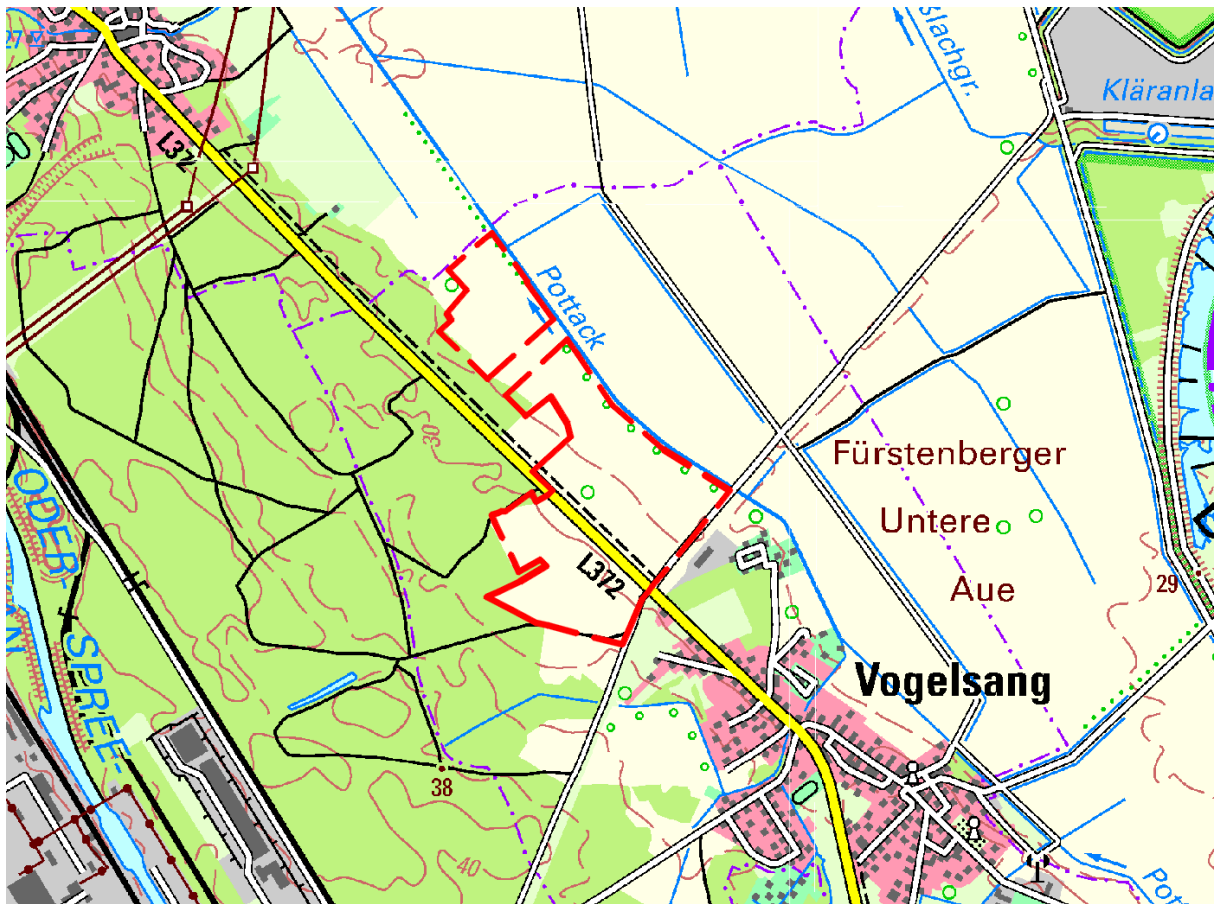


Abb. 1: Lage des Änderungsbereichs  
 (Brandenburg-Viewer © GeoBasis-BB, 2022)

Änderungsbereich

### 1.3 Verfahren

Gemäß den Vorgaben des § 8 Abs. 3 BauGB wird gleichzeitig mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Solarpark Vogelsang“ die Änderung des FNP der Gemeinde Vogelsang durchgeführt (Parallelverfahren).

Das Verfahren zur 3. Änderung des FNP gliedert sich in folgende Verfahrensschritte:

Tab. 1: Verfahrensschritte für die Aufstellung des Flächennutzungsplans:

Verfahrensschritte (in zeitlicher Reihenfolge)	Gesetzliche Grundlage	Datum
1. Aufstellungsbeschluss durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Vogelsang und ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses	§ 2 Abs. 1 und Abs. 4 BauGB	22.11.2021, Amtsblatt 15.12.2021
2. frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Nachbargemeinden	§ 3 Abs. 1 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB	25.04.2021
3. Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher	§ 4 Abs. 1 BauGB	23.12.2022

<b>Verfahrensschritte</b> (in zeitlicher Reihenfolge)	<b>Gesetzliche Grundlage</b>	<b>Datum</b>
Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, mit Aufforderung zur Äußerung auch im Hinblick auf den Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung		bis 27.01.2023
4. Beschluss über die Billigung und die öffentliche Auslegung des Entwurfs des Flächennutzungsplans und ortsübliche Bekanntmachung des Beschlusses	§ 3 Abs. 2 BauGB	
5. Öffentliche Auslegung des Entwurfs des Flächennutzungsplans mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen	§ 3 Abs. 2 BauGB	
6. Einholen der Stellungnahmen der Nachbargemeinden, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zum Entwurf des Flächennutzungsplans	§ 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB	
7. Behandlung der Anregungen und Bedenken der Bürger, der Nachbargemeinden, der Stellungnahmen der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, in der Gemeindevertretung im Rahmen einer umfassenden Abwägung	§ 3 Abs. 2 S. 4 i.V.m. § 1 Abs. 7 BauGB	
8. Information der Bürger, der Behörden, der Träger öffentlicher Belange und der benachbarten Gemeinden über die Abwägung zu den während der Offenlage eingegangenen Anregungen und Bedenken	§ 3 Abs. 2 BauGB	
9. Feststellungsbeschluss zur 3. Änderung des Flächennutzungsplans		
10. Einreichen des Flächennutzungsplans zur Genehmigung bei der höheren Verwaltungsbehörde	§ 6 Abs. 1 BauGB	
11. ortsübliche Bekanntmachung der Genehmigung und damit Wirksamwerden des Flächennutzungsplanes	§ 6 Abs. 5 BauGB	

## **2 geplante Darstellung im Flächennutzungsplan**

Entsprechend der geplanten Nutzung als Photovoltaik-Freiflächenanlage wird die Art der Nutzung als sonstiges Sondergebiet „Photovoltaik“ dargestellt. Der Änderungsbereich wird aus der bisher dargestellten „Fläche Landwirtschaft“ herausgelöst. Die „Fläche für Landwirtschaft“ wird an die Grenzen des Sondergebiets „Photovoltaik“ angepasst. Die im Sondergebiet „Photovoltaik“ liegende „Fläche für Wald“ an der L372, sowie die für Aufforstung zu sichernde Fläche im südlichen Bereich bleiben als solche bestehen. Im Geltungsbereich befinden sich weiterhin Teile einer nach §31 BbbNatschG geschützten Allee entlang der L372. Diese wird nicht als Bestandteil des Sondergebiets überplant und wird als geschützter Teil von Natur und Landschaft gemäß § 31 BbgNatschG als Allee mit dargestellt. Entlang des Pottack befinden sich Flächen für Grünentwicklung mit der Zweckbestimmung Baumreihen an Wegen und Gräben, Hecken zur Eingrünung. Diese werden ebenso in der Planzeichnung zur 3. Änderung des Flächennutzungsplans übernommen.

Im nördlichen Teilbereich des Plangebiets befindet sich ein Niedermoorstandort. Da Moorböden einen hohen Schutzstatus im Sinne des Boden- und Klimaschutz genießen, wird die Moorfläche im Zuge der Umsetzung des Verfahrens aus der Sondergebietsfläche ausgegliedert. Eine Darstellung in der Planzeichnung des Flächennutzungsplans erfolgt aufgrund der Maßstäblichkeit nicht. Die Moorfläche wird in den Unterlagen zum Bebauungsplan nachrichtlich dargestellt.

### 3 übergeordnete Planungen

#### 3.1 Landesplanung (LEPro 2007 und LEP HR)

##### Landesentwicklungsprogramm (LEPro 2007)

Gemäß Festlegung (Grundsatz der Raumordnung) im § 2 (3) des LEPro sollen in den ländlichen Räumen in Ergänzung zu den traditionellen Erwerbsgrundlagen neue Wirtschaftsfelder erschlossen und weiterentwickelt werden. Nach § 4 (2) soll durch eine nachhaltige und integrierte ländliche Entwicklung die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, die touristischen Potenziale, die Nutzung regenerativer Energien und nachwachsender Rohstoffe in den ländlichen Räumen als Teil der Kulturlandschaft weiterentwickelt werden.

Der Betrieb von PV-Freiflächenanlagen wird aus Sicht des Erarbeitungsstandes des LEPro 2007 als „neues Wirtschaftsfeld“ angesehen. Es ist jedoch anzumerken, dass dieser Wirtschaftszweig mittlerweile einen etablierten Bestandteil der Energiewirtschaft darstellt. Die vorliegende Planung entspricht den Festlegungen des LEPro.

Die möglicherweise auftretenden Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch die geplante Anlage (vgl. Anhang 2 zum Umweltbericht LEPro 2007 zu den genannten Festlegungen) werden im Rahmen der Erarbeitung des Umweltberichtes zu diesem Bebauungsplan analysiert und gegebenenfalls durch vorgeschlagene Maßnahmen ausgeglichen.

##### Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR)

Der LEP HR enthält für den Änderungsbereich keine flächenhaften Gebietsfestlegungen in Form von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten (siehe Abb. 2).

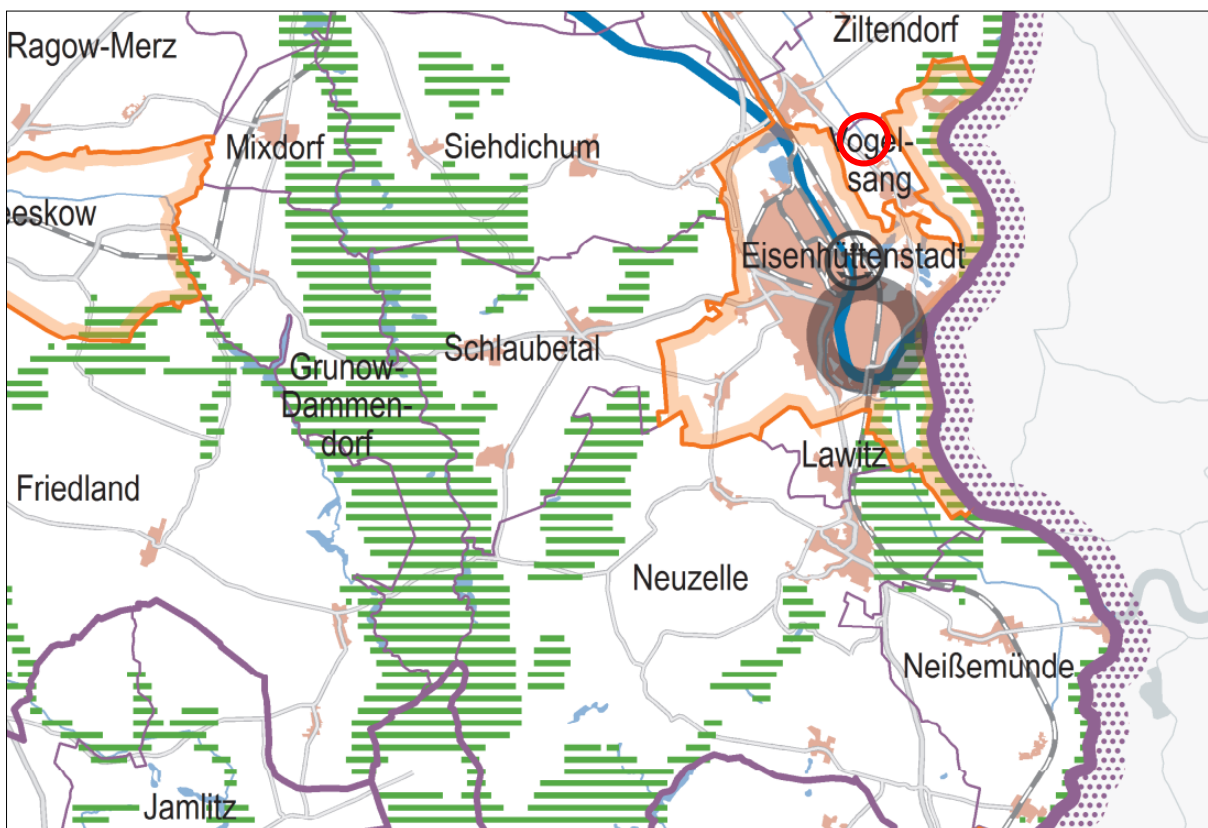


Abb. 2: Auszug aus dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR)



Den Belangen des Freiraumschutzes ist gemäß Grundsatz G 6.1 bei Planungen und Maßnahmen, die Freiraum in Anspruch nehmen, besonderes Gewicht beizumessen, gleiches gilt für die Belange der Landwirtschaft bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Gemäß Grundsatz G 8.1 (1) soll zur Vermeidung und Verminderung des Ausstoßes klimawirksamer Treibhausgase eine räumliche Vorsorge für eine klimaneutrale Energieversorgung, insbesondere durch erneuerbare Energien, getroffen werden.

Aus Sicht des Freiraumschutzes ist festzuhalten, dass es sich um eine intensiv genutzte Ackerfläche handelt. Die im Rahmen der Errichtung der Anlage stattfindende Versiegelung ist mit einem Anteil von 2 Prozent minimal. Für den Boden sowie für die Flora und Fauna geht das Vorhaben mit einer Aufwertung einher.

Die Größe der in Anspruch genommenen Ackerfläche stellt im Vergleich zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen im gesamten Gemeindegebiet einen untergeordneten Anteil dar, so dass von einer spürbaren Beeinträchtigung der Landwirtschaft nicht auszugehen ist. Die Ausweisung als Sondergebiet hat die Etablierung von extensivem Grünland unter den Solarmodulen zur Folge. Dadurch wird der Bodenerosion entgegengewirkt, das Ausbringen von Düngemitteln und der Eintrag von Schadstoffen durch die Landwirtschaft wird vermieden. Des Weiteren sind durch die nicht landwirtschaftliche Nutzung der Fläche eine Regeneration des Bodens und damit der Erhalt der natürlichen Bodenfruchtbarkeit gegeben.

### **3.2 Regionalplanung**

Der integrierte Regionalplan Oderland-Spree befindet sich aktuell in Aufstellung. Zur Umsetzung der mit dem LEP HR verbundenen Planungsaufträge hat die Regionalversammlung der RPG Oderland-Spree auf ihrer 10. Sitzung/6. Amtszeit am 08.04.2019 einen Beschluss zur Gliederung ihres integrierten Regionalplanes gefasst, zu beachtende Grundsätze und Ziele der Raumordnung sind jedoch noch nicht vorhanden.

Im Integrierten Regionalplan Oderland-Spree sollen Festlegungen zur Siedlungs- und Freiraumentwicklung und Infrastruktur in Umsetzung der Neufassung des Regionalplanungsgesetzes und der Planungsaufträge aus dem LEP HR als Mindestinhalte für Regionalpläne im Land Brandenburg getroffen werden.

### **3.3 geschützte Gebiete nach Naturschutzrecht und Wasserrecht**

Das Plangebiet selbst befindet sich nicht in einem Schutzgebiet i.S. §§ 22 bis 29 BNatSchG. Es liegen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7b BauGB genannten Schutzgüter (FFH-Gebiete oder Europäische Vogelschutzgebiete) vor. Darüber hinaus befindet sich das Plangebiet außerhalb von Überschwemmungsgebieten und Trinkwasserschutzgebieten.

Das Plangebiet befindet sich außerhalb von Schutzgebieten. Das nächstgelegene Schutzgebiet stellt das Vogelschutzgebiet (SPA) „Mittlere Oderniederung“ und Naturschutzgebiet (NSG „Mittlere Oder“ dar, welche sich in einer Entfernung von ca. 100 m bzw. ca. 1500 m östlich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans befinden.

Im Geltungsbereich befinden sich Teile einer nach §31 BbbNatschG geschützten Allee entlang der L372. Diese wird nicht als Bestandteil des Sondergebiets überplant.



### **3.3.1 Lage im Hochwasserrisikogebiet**

Die Teilflächen des Geltungsbereichs liegen teilweise im Hochwasserrisikogebiet für ein Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit (HQextrem). Im Rahmen des Planverfahrens sind die durch die Lage innerhalb eines Hochwasserrisikogebiet für ein Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit (HQextrem), hervorgerufenen Probleme zu bewältigen. Die Belange der Gefahrenabwehr und des Hochwasserschutzes sind im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere die in § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB (Allgemeine Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung) und § 1 Abs. 6 Nr. 12 BauGB (Belange des Hochwasserschutzes) aufgeführten Belange.

Zusammenfassend kann mit der vorliegenden Planung sichergestellt werden, dass die Nutzung des Plangebietes soweit wie möglich an nachteilige Folgen durch Hochwasser angepasst wird. Widersprechende Belange des Hochwasserschutzes stehen einer Überplanung mit dem Ziel einer volkswirtschaftlichen Aufwertung des Plangebietes durch die Förderung erneuerbarer Energien in der Gemeinde Vogelsang nicht entgegen.

### **3.4 Flächen und Objekte des Denkmalschutzes**

Baudenkmale, Gartendenkmale, technische Denkmale sowie Denkmalbereiche im Sinne des § 2 Abs. 2 BbgDSchG sind im Änderungsbereich nicht bekannt. Auf Teilbereichen des westlich der L372 gelegenen Geltungsbereichs befindet sich ein festgelegtes Bodendenkmal gemäß § 2 Abs. 2 BbgDSchG, welches mit der Bodendenkmalnummer 90004 als „Siedlung Neolithikum“ verzeichnet ist. Weitergehende Informationen, auch zum Umgang mit dem Bodendenkmal werden im Rahmen der Beteiligung der zuständigen Behörden erwartet.

Sollten bei Erdarbeiten Funde zu Tage treten, bei denen anzunehmen ist, dass es sich um Denkmale (§ 2 Abs. 1 BbgDSchG) handelt, sind diese unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert, kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist verlängern (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Ausführende Firmen sind auf die Meldepflicht von Bodenfunden gemäß § 11 BbgDSchG hinzuweisen.

## **4 Erschließung**

### **4.1 Verkehrserschließung**

Die Verkehrserschließung der Plangebiete soll über bereits bestehende Zufahrten der Landwirtschaft mit bestehendem Anschluss an die Landesstraße 372 erfolgen.

Mit einem vorhabenbedingtem Verkehrsaufkommen ist ausschließlich während der Bauzeit der Photovoltaikanlage (max. 6 - 10 Monate) zu rechnen.

Der Betrieb der Anlage erfolgt vollautomatisch. Ein Anfahren der Anlage vornehmlich mit Kleintransportern bzw. Pkw ist nur zur Wartung bzw. bei Reparaturen erforderlich. Die daraus resultierende Belastungszahl umfasst ca. 10 Fahrzeuge pro Jahr bei maximal 2 Fahrzeugen pro Tag.

## 4.2 Ver- und Entsorgung

Die Versorgung des Sondergebiets mit Trink- und Löschwasser, die Beseitigung von Abwasser und von Abfällen ist für das Sonstige Sondergebiet „Photovoltaik“ nicht notwendig. Das anfallende Niederschlagswasser ist innerhalb des Bereichs der geplanten Photovoltaik-Freiflächenanlage zur Versickerung zu bringen.

Zuständiger Netzbetreiber für die Versorgung mit elektrischer Energie und die Netzeinspeisung ist die E.DIS Netz GmbH.

Der zuständige Netzbetreiber für Telekommunikation ist die deutsche Telekom AG.

## 5 Immissionsschutz

Gemäß § 50 BImSchG sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen und von schweren Unfällen im Sinne des Artikels 3 Nr. 5 der Richtlinie 96/82/EG in Betriebsbereichen hervorgerufene Auswirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete, insbesondere öffentlich genutzte Gebiete, wichtige Verkehrswege, Freizeitgebiete und unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes besonders wertvolle oder besonders empfindliche Gebiete und öffentlich genutzte Gebäude, so weit wie möglich vermieden werden. Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in Gebieten, in denen die in Rechtsverordnungen nach § 48a Abs. 1 BImSchG festgelegten Immissionsgrenzwerte und Zielwerte nicht überschritten werden, ist bei der Abwägung der betroffenen Belange die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität als Belang zu berücksichtigen.

### Auswirkungen des Änderungsbereichs

Um Auswirkungen durch Blendwirkungen durch die Photovoltaikanlagen auszuschließen, wurde im Januar 2023 ein Blendgutachten durchgeführt. Aufgrund der Lage des Änderungsbereichs auf landwirtschaftlich genutzten Flächen mit Sichtschutz zur nächstgelegenen Wohnbebauung durch einen bestehenden 5 Meter hohen Wall, sowie die geplante, nicht lärmintensive Nutzung als Photovoltaik-Freiflächenanlage bestehen keine Beeinträchtigungen durch Emissionen aus dem Änderungsbereich.

### Einwirkungen auf den Änderungsbereich

Da innerhalb des Änderungsbereichs keine schutzbedürftigen Nutzungen geplant werden, sind eventuelle Einwirkungen aus den angrenzenden Gebieten als irrelevant einzustufen.

## 6 Darstellung im wirksamen Flächennutzungsplan

Im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Vogelsang ist der Änderungsbereich als „Fläche für Landwirtschaft“ dargestellt. Im Plangebiet sind weiterhin Flächen für Grünentwicklung mit der Zweckbestimmung Baumreihen an Wegen und Gräben, Hecken zur Eingrünung entlang des Pottack ausgewiesen. Weiterhin befinden sich eine schmale Fläche für Wald und Teile einer Baumallee im Geltungsbereich. Durch das Plangebiet verläuft eine Verkehrsfläche. Die südlichste Grenze des Geltungsbereiches überschneidet sich mit einer Fläche, welche im wirksamen FNP als zu sichernde Fläche für Sukzession, bzw. Aufforstung ausgewiesen wurde.

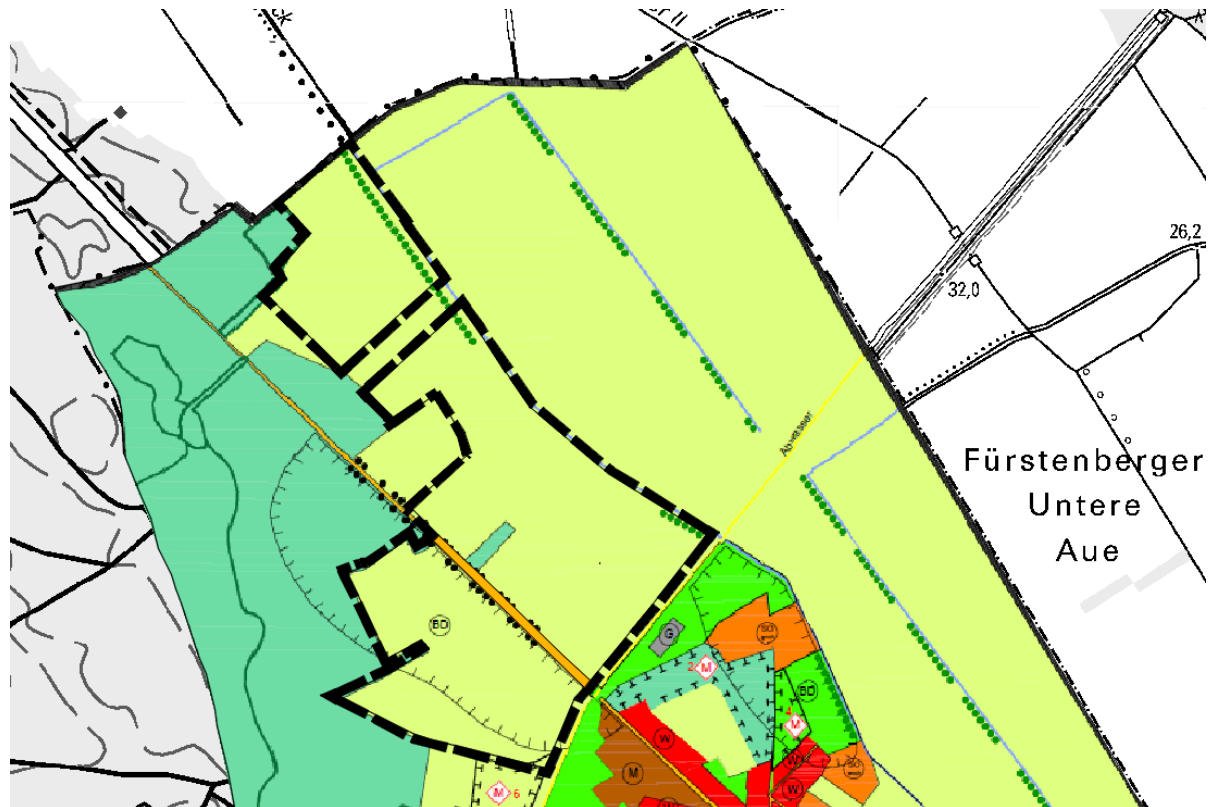



Abb. 2: Auszug aus dem wirksamen Flächennutzungsplan

 Bereich der 3. Änderung

## 7 Naturschutz und Landschaftspflege

Nach § 2a BauGB ist für den Bereich der 3. Änderung des Flächennutzungsplans ein Umweltbericht nach Anlage 1 zum BauGB beizulegen, in dem die nach § 2 Abs. 4 BauGB ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes dargestellt sind.

Der Umweltbericht bildet einen gesonderten Teil der Begründung.

## 8 Form der Genehmigungsunterlage

Der Flächennutzungsplan einer Gemeinde unterliegt einer ständigen Fortschreibung. Im § 6 Abs. 6 BauGB ist demgemäß die Neubekanntmachung des Flächennutzungsplans geregelt. Zur 3. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Vogelsang wird nur ein Planausschnitt des betroffenen Gebiets mit den zugehörigen Informationen sowie gesiegelten und unterschriebenen Verfahrensvermerken (in der Fassung des Feststellungsbeschlusses) und einer sich auf den Änderungsbereich beschränkende Begründung zur Genehmigung eingereicht.

## Quellenverzeichnis

### Gesetze/Urteile/Richtlinien/Verordnungen

**BauGB (2023):** Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 184) geändert worden ist.

**BauNVO (2023):** Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist.

**BbgDSchG (2004):** Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg - Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz vom 24. Mai 2004 (GVBl. I/04, [Nr. 09], S.215), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juni 2023 (GVBl. I/23, Nr. 16)

**BBodSchG (2021):** Bundes-Bodenschutzgesetz vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 7 vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306) geändert worden ist.

**BBodSchV (2020):** Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), die zuletzt durch Artikel 126 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist.

**BImSchG (2023):** Bundes-Immissionsschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. I S. 2023 I Nr. 202) geändert worden ist.

**BNatSchG (2022):** Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Dezember 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist.

**EEG 2023 (2023):** Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist.

**LEPro (2007):** Landesentwicklungsprogramm 2007 Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

**LEP HR (2019):** Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg vom 29.04.2019.

**PlanZV (2021):** Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und Darstellung des Planinhaltes - Planzeichenverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.

**ROG (2023):** Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist.

### Internetseiten

**Land Brandenburg (2022):** Geoportal Brandenburg. Im Internet unter:  
<https://geoportal.brandenburg.de/de/cms/portal/start/map/32>  
Letzter Aufruf am: 16.09.2022.

**LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg) (2022):** Brandenburg  
Viewer. Im Internet unter:  
<https://bb-viewer.geobasis-bb.de/>  
Letzter Aufruf am 18.08.2023.